

Resolution des Netzwerks türkeistämmiger MandatsträgerInnen zu den Demonstrationen in der Türkei

Berlin, 22.06.2013

Geschäftsstelle
c/o Deutsch-Türkisches
Forum Stuttgart
Europahaus
Nadlerstraße 4
70173 Stuttgart
Telefon 0711 · 24 84 99 51
Telefax 0711 · 24 84 99 52
E-Mail ntm@dtf-stuttgart.de

Die anfänglich in der Europäischen Union wahrgenommenen positiven Entwicklungen in der Türkei werden durch die Ereignisse der letzten Wochen überschattet. Daher blickt das Netzwerk mit großer Sorge auf die schockierenden Bilder, die zeigen, wie in Istanbul und anderen Städten in der Türkei gegen friedliche Demonstranten vorgegangen wird. Die seit mehr als drei Wochen in der Türkei anhaltenden Demonstrationen bewegen auch die Menschen in Deutschland. Das Netzwerk türkeistämmiger MandatsträgerInnen erklärt sich solidarisch mit den friedlichen Demonstrierenden in der Türkei.

Die vergangenen Wochen haben gezeigt, wie aus einer Demonstration für einen kleinen Park im Herzen Istanbuls – dem Gezi-Park – eine landesweite Demonstration für eine liberalere und demokratischere Gesellschaft in der Türkei entstanden ist. Dabei geht die türkische Polizei bislang brutal und völlig unverhältnismäßig gegen die Demonstrierenden unter anderem mit Wasserwerfern und Tränengas vor und nimmt willkürlich Demonstrierende fest.

Mit massiver Gewalt hat die türkische Polizei am Abend des 15. Juni 2013 den Gezi-Park in Istanbul gestürmt. Verletzte flüchteten in Hotels, wurden aber auch dorthin von Sicherheitskräften verfolgt. Das Einsetzen von massiver Polizeigewalt mit Tränengas und Wasserwerfern gegen die Menschen, auch gegen Kinder und Familien, erinnert uns an kriegsähnliche Szenen. Es gibt bereits vier Tote, hunderte Schwerverletzte und tausende Verletzte. Hinzu kommt, dass der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan mit seinen provozierenden Äußerungen im Hinblick auf die Ereignisse weitere Gegenreaktionen provoziert und zur Spaltung der Gesellschaft beiträgt. Das alles hat zu einer Dynamik der Protestbewegung beigetragen, die nunmehr in fast allen Provinzen der Türkei angekommen ist. Dabei ist zu beobachten, dass sich zu den Demonstrationen Menschen zusammenfinden, die verschiedene kulturelle, religiöse

und politische Hintergründe haben. Das hat es in der Türkei bisher in dieser Form noch nie gegeben und zeigt die Entstehung einer lebendigen Zivilgesellschaft.

Die Ereignisse in der Türkei bleiben auch in Deutschland wie in anderen Staaten der Welt nicht ohne Reaktion: Die bundesweiten Demonstrationen hierzulande zeigen, dass die Einwanderungsgesellschaft auch dazu führt, dass die Ereignisse außerhalb der Grenzen beobachtet und auf sie reagiert wird. Denn sie bewegen und berühren die Menschen in unserem Land. Dieser internationalen Solidarität schließt sich das Netzwerk türkeistämmiger MandatsträgerInnen an.

Beruhend insbesondere auf Artikel 1 der Verpflichtung zur Achtung der Menschenrechte; Artikel 6 zum Recht auf ein faires Verfahren; Artikel 9 der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; Artikel 10 der Freiheit der Meinungsäußerung und Artikel 11 der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit der Europäischen Menschenrechtskonvention, fordert das Netzwerk die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker der Türkei eindringlich auf:

1. die auch hinsichtlich der eingesetzten Mittel der Polizei völlig überzogene Gewaltanwendung unverzüglich zu beenden;
2. das Recht der freien Meinungsäußerung, Pressefreiheit und Demonstrationsrecht zu wahren;
3. die mit den Grundrechten des demokratischen Rechtsstaates nicht zu vereinbarenden Verhaftungen sofort zu beenden und die Gefangenen unverzüglich frei zu lassen;
4. als politisch Verantwortliche durch ihre Äußerungen und Handlungen deeskalierend zu wirken und den Dialog zu suchen;
5. die für die gewaltsamen Ereignisse verantwortlichen Sicherheitskräfte und Politiker zur Verantwortung zu ziehen.

Darüber hinaus appelliert das Netzwerk türkeistämmiger MandatsträgerInnen an die Bundesregierung, ihre blockierende Haltung zu den EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzugeben und sich im Rahmen der Europäischen Union für die weiteren Verhandlungen aktiv einzusetzen.